

Dr. Frank Clous
Arbeitskreis Altlasten des
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

30. Juni 1988

BILANZ 1987: RÜSTUNGSALTLASTEN BEI DER INDUSTRIEVERWALTUNGSGESELLSCHAFT

- Rede anlässlich der Aktionärshauptversammlung der IVG in Bonn - Bad Godesberg -

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle als Sprecher des Arbeitskreises Altlasten des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) Ihre Aufmerksamkeit auf Probleme zu lenken versucht, die finanzielle Auswirkungen auf die Bilanz der IVG haben werden. Von meinem Interesse als Umweltschützer her stehen allerdings die Auswirkungen der IVG-Liegenschaften auf die Umwelt im Vordergrund: Es muß hier erneut um die Problematik von Rüstungsaltlasten gehen.

Der IVG-Vorstand erhielt von mir vor einem Jahr eine Karte mit den altlastverdächtigen Standorten in IVG-Eigentum, an denen während des "Dritten Reiches" Spreng- oder Kampfstoffe produziert wurden. Das Gefahrenpotential dieser Flächen für Menschen und Umwelt erforderte nach unseren Erkenntnissen eine dringende Untersuchung. Schließlich versuchen dort giftige Produktionsrückstände Boden, Grund- und Trinkwasser. Hier nicht zu handeln wäre verantwortungslos.

Heute möchte ich Ihnen mitteilen, welche Konsequenzen die Hinweise des BUND hatten, welche Aktivitäten die IVG dazu entfaltet hat und was noch dringend zu tun ist.

Im August letzten Jahres bekam ich von der IVG eine Antwort auf die Fragen, die ich während der Hauptversammlung gestellt hatte. In dem Schreiben heißt es zum Thema Rüstungsaltlasten: "Diese Objekte haben IVG viele Jahre beschäftigt; die zuständigen Behörden waren eingeschaltet und sind tätig geworden. Wo Sanierungen erforderlich waren sind sie im Einvernehmen mit den Behörden durchgeführt worden." Das was die IVG-Spitze hier als Sanierungen bezeichnet sind bei näherer Kenntnis der Sachlage nichts als Aktionen zur Räumung von Kampfmitteln. Es ist jedoch ein erheblicher Unterschied, ob man noch existierende Spreng- und Kampfstoffe beseitigt, oder ob man sich um die Verunreinigung des Bodens oder des Grundwassers mit eben diesen Stoffen oder ihren Abbauprodukten kümmert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der § 131 (2) des Aktiengesetzes fordert, daß die Beantwortung von Aktionärsfragen den "Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft" folgt. Das was in der Zwischenzeit an die Öffentlichkeit gelangt ist, erlaubt zumindest Zweifel daran, das dieser Grundsatz auch für die obige Antwort gilt.

So gab es im November 1987 eine Antwort der niedersächsischen Landesregierung auf eine Landtagsanfrage der GRÜNEN, in der es zum Thema Rüstungsaltlasten heißt: "Kein Standort ist als vollständig saniert anzusehen, da z.B. noch Trümmer von alten Produktionsstätten vorhanden sind. Als altlastverdächtig sind insbesondere die Produktionsstätten von Pulver-, Spreng- und chemischen Kampfstoffen an den Standorten - und jetzt beschränke ich mich auf die Nennung von IVG-Liegenschaften. - "Bomlitz (2x), Clousthal-Zellerfeld, Dörverden, Dragohn, Liebenau anzusehen." Der hier geäußerte Verdacht hat sich zum Teil heute schon bestätigt. Überall dort, wo Untersuchungen stattgefunden haben, erwies sich die von uns vermutete Umweltverseuchung mit Produktionsrückständen.

So beispielsweise in Bomlitz, bzw. genauer im Ortsteil Benefeld, wo das IVG-Gelände zum Erholungsgebiet werden soll. Oder in Clousthal-Zellerfeld, wo nicht nur die Pfuenteiche und das Bremketal kontaminiert sind, sondern wo auch in 20 km

Entfernung Europas größte Heilwasserquelle Sprengstoffrückstände enthält. Das Heilwasser wird seitdem nicht mehr an Kurgäste abgegeben. Oder in Dörverden, wo immer noch Kampfstoffe zugänglich auf Waldboden lagern. In Geesthacht führten Bodenuntersuchungen dazu, daß ein Bebauungsvorhaben aufgrund gutachterlicher Empfehlungen gestoppt wurde. Grundwasser ist dort ebenfalls kontaminiert.

Jüngstes Ereignis ist die Strafanzeige der GRÜNEN in Mühldorf am Inn gegen unbekannt. Anlaß ist die extrem hohe Konzentration der krebsérregenden aromatischen Amine in Abwasser, das vermutlich von einem Nutzer der IVG-Liegenschaft in Aschau am Inn stammt. Aromatische Amine sind im übrigen auch typische Rückstände der allgemeinen Sprengstoffproduktion.

Der Fall, den wir im letzten Jahr zum Anlaß unserer Veröffentlichungen nahmen, das Industriegebiet Hirschhagen in Hessisch-Lichtenou, ist leider keineswegs inzwischen saniert, auch ein definitives Sanierungskonzept liegt noch nicht vor. Einige der dennoch inzwischen wegen der mittlerweile unbestrittenen Kontamination angefallenen Kosten stellte die Hessische Landesregierung der IVG in Rechnung. Sie erteilte einen Leistungsbescheid über 686.000,- DM. Gleichzeitig sind Verhandlungen im Gange, damit das Land Hessen die Liegenschaft samt aller Rückstände von der IVG übernimmt. Die Rede ist hier von einer Beigabe der IVG in Millionenhöhe. Zum Vergleich, meine Damen und Herren: Die Sanierungskosten schätzt man auf ca. 100 Mio. DM.

Ich habe versucht, Ihnen zu zeigen, daß sich die Brisanz der Rüstungsaltslasten leider bewahrheitet hat. Wir bleiben deshalb bei unseren Vorjahresoussagen, wovon die IVG mit noch weiteren Fällen konfrontiert werden dürfte. Aus diesem Grund möchte ich mit einigen Fragen an den IVG-Vorstand zur Transparenz der Problematik beitragen:

1. Auf welchen der vom BUND genannten altlastverdächtigen IVG-Liegenschaften sind Boden und Grundwasser systematisch und flächendeckend auf Rückstände und Abbauprodukte der ehemaligen chemischen Rüstungsproduktion untersucht worden?
2. Wie sind die Ergebnisse der Untersuchungen?
3. Welche Konsequenzen für Sanierung und Flächennutzung und Pachteinnahmen haben diese Untersuchungsergebnisse?
4. Welche altlastverdächtigen IVG-Liegenschaften, auf denen nach den Recherchen des BUND mit Rückständen der chemischen Rüstungsproduktion zu rechnen ist, hat die IVG bislang nicht untersucht?
5. Welche Kosten entstanden der IVG bislang für
 - a) Untersuchungen von Boden, Grund- und Trinkwasser
 - b) Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen aufgrund von Kontaminationen?
6. Mit welchen Kosten rechnet die IVG für Untersuchung, Sicherung bzw. Sanierung von Rüstungsaltslasten und welche Rückstellungen hat sie demzufolge getroffen?

Auch dieses Mal bitte ich zusätzlich um eine schriftliche Antwort auf diese Fragen.

Wie schon im letzten Jahr hoffen wir weiterhin auf eine offenere, transparentere Geschäftspolitik der IVG. Ein erster Schritt in diese Richtung mag die Einladung des Vorstands an mich gewesen sein, der ich vor einer Woche gern folgte. Im Gespräch habe ich den Herren Schorpenack und Dr. Nastelski angeboten, die notwendigen Untersuchungen und Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren und Risiken von Rüstungsaltslasten gemeinsam mit den Betroffenen und dem BUND zu erörtern. Bisher blieb dieses Angebot unbeantwortet. Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben es in der Hand, die Unternehmenspolitik durch eine derartige, sicherlich außergewöhnliche Maßnahme zu ändern. Mindestens ebenso außergewöhnlich ist aber ja auch die

Problematik, mit der es das Unternehmen zu tun hat. Uns jedenfalls liegt nichts daran, die Auseinandersetzung über die notwendigen Maßnahmen gegen die Bedrohungen durch Rüstungsaltlasten weiterhin auf der Basis des Aktienrechts zu führen.

Bevor ich zum Ende komme, gestatten Sie mir noch einen anderen Hinweis. Nach wie vor offen ist leider die Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern, die in der chemischen Rüstungsproduktion eingesetzt wurden. Wie Sie vielleicht wissen, hat Daimler-Benz kürzlich einen Betrag von 20 Mio. DM als Entschädigungsleistung aufgewandt - eine Summe, die angesichts des Arbeitseinsatzes, des menschlichen Leids und auch angesichts des Konzernvermögens von Daimler-Benz unglaublich gering ist. Hier wäre die IVG mit ihrem Mehrheitsaktionär Bund gefordert, ein deutliches Zeichen zu setzen, also einen Geldbetrag aufzuwenden, der von einer verantwortungsbewußteren Vergangenheitsbewältigung zeugt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

im vergangenen Jahr habe ich von einigen Aktionären eine positive Resonanz auf meine Darstellungen erhalten. Auch sie machten sich Sorgen wegen des Umgangs der IVG mit den Rüstungsaltlasten. Ein Herr freute sich geradezu, weil für ihn mein Redebeitrag etwas Abwechslung in die ansonsten langweilige Hauptversammlung brachte.

Lassen Sie mich zum Abschluß meine Hoffnung ausdrücken, daß mein Anliegen nicht nur Unterhaltungswert für Sie besitzt. Stattdessen erhoffe ich mir von Ihnen als Aktionären etwas Nachdenklichkeit und vom IVG-Vorstand erwarte ich offene Antworten zu einem sehr ernsten Thema.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

EIBIA-AG
c/o Olaf Bennefeld
Am Eversberg 7
2816 Kirchlinteln-Luttum

Verden, 24.06.90

Industrieverwaltungsgesellschaft AG
Zanderstr. 5

5300 Bonn 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit senden wir Ihnen unseren Redebeitrag anlässlich der IVG-Hauptversammlung am 28.06.90 in Bonn zu. Wir bitten um zügige Beantwortung unserer Fragen.

"Guten Tag meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mein Name ist Olaf Bennefeld, ich bin Student an der Universität Hannover. Vor vier Jahren habe ich als Schüler des Fachgymnasiums der Berufsbildenden Schulen Verden am Schülerwettbewerb "Umwelt hat Geschichte" um den Preis des Bundespräsidenten teilgenommen. Zusammen mit meinen Mitschülern deckten wir Altlasten auf einem IVG-Gelände, der ehemaligen Pulverfabrik EIBIA, auf. Das EIBIA-Gelände liegt in der Gemeinde Dörverden, 50 km südlich von Bremen.

Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft trugen hier an dieser Stelle bereits 1988 und 1989 ihre Erkenntnisse und Forderungen vor. Ich möchte deshalb nur kurz unsere Recherchen bezüglich der aufgedeckten Rüstungsaltpasten darlegen.

Die Umweltgefahren des Standortes Dörverden liegen nicht nur bei der Grundwassergefährdung durch mehrere vergrabene Kampfstoffkisten der Blaukreuzgruppe, sondern bei der Gefährdung durch Rückstände aus der Schießpulverproduktion. Das Grundwasser wird bedroht von der Neutralisationshalde, dem Verbrennungsplatz, unterirdischen Holzrohrleitungen, Säurekanälen, Absetzbecken und kontaminierten, gesprengten Produktionsbunkern. Durch Probeentnahmen und Analysen, für deren Finanzierung wir selbst sorgen mußten, konnten wir den Nachweis erbringen, daß sich aromatische Amine und organische Arsenverbindungen im Erdreich und im Grundwasser befinden. Es ist um so erschreckender, da sich diese IVG-Liegenschaft in der Trinkwasserzone 2 befindet und die Gefahr der Kontamination dieser krebserregenden Substanzen besteht. Seit Jahren fordern wir deshalb eine Detailuntersuchung vor Ort, um eine genaue Gefährdungsabschätzung vornehmen zu können. Die IVG beauftragte dann endlich im Januar 1989 ihre Tochter, die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG) mit der Bestandsaufnahme und Erstbewertung des Gefährdungspotentials von Rüstungsaltpasten auf dem Gelände.

Der Bürgermeister der Gemeinde Dörverden teilte inzwischen im Verwaltungsausschuß mit, daß das fertiggestellte Gutachten dem Landkreis Verden vorliegt. Die Gutachter, die die IABG beauftragte, traten an uns heran, um Kartenmaterial und Luftbilder der Alliierten und des niedersächsischen Landesvermessungsamtes ausleihen zu können. Wir zeigten uns in Anbetracht der Gefährdung kooperativ und händigten die Unterlagen, deren Kosten wir selbst finanzieren mußten, den Gutachtern aus. Aus diesem Hintergrund ergeben sich für uns einige Fragen an den Vorstand:

1. Ist der Vorstand gewillt uns das Dörverden-Gutachten zugänglich zu machen?
2. Welche Sanierungsmaßnahmen werden in dem Gutachten für notwendig erachtet und in welcher Höhe werden Geldmittel von der IVG zur Verfügung gestellt?
3. Wann soll mit der Sanierung des Geländes begonnen werden und welche Firmen und Behörden sind daran beteiligt?
4. Mit Hilfe der Luftaufnahme der Royal Air Force (RAF-Foto 3104 vom 25.03.45), die wir von der University of Keele (Air Photo Library) käuflich erwarben, konnten die von der IABG beauftragten Gutachter beim Kampfmittelbeseitigungsdienst Hannover die vollständige Luftbild-Serie wiederfinden. Die Gutachter machten der IABG den Vorschlag, doch auch unserer Arbeitsgruppe Abzüge dieser Fotoserie zu überlassen. Dies wurde aber von der IABG abgelehnt.
Deshalb nun unsere Frage an den IVG-Vorstand, ob er sich in der Lage sieht, uns die Abzüge zukommen zu lassen.
5. Da unserer Meinung nach die IVG bei der Erstellung des Gutachtens durch das Überlassen von Dokumenten unserer Arbeitsgruppe Kosten einsparen konnte, halten wir eine nachträgliche Kostenerstattung an uns in Höhe von DM 3.000,-- für angemessen. Bei einem Gutachten-Kostenvoranschlag der IVG in Höhe von rd. DM 180.000,-- ein eher geringer Kostenfaktor. Wir hätten gerne gewußt, ob der IVG-Vorstand bereit ist, die Kosten unserer Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen.
6. Im Herbst 1990 soll die 2. überarbeitete Auflage unserer Wettbewerbsarbeit über die EIBIA-Rüstungsaltslasten erscheinen. Auf Grund der Nachfrage von Gutachtern und den Fachleuten bei Landkreis- und Landesbehörden scheint unsere Arbeit sehr gefragt zu sein. Um die Finanzierung der 2. Auflage sicherzustellen, sind wir auf Förderer angewiesen. Sieht sich die IVG in der Lage, sich an diesem Buchprojekt zu beteiligen?

In der Hoffnung, Ihnen, meine Damen und Herren, im nächsten Jahr die abgeschlossene Sanierung dieser IVG-Liegenschaft berichten zu können, möchte ich meinen Redebeitrag beenden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Mit freundlichen Grüßen

**Industrie
Verwaltungs
Gesellschaft AG**



Industrieverwaltungsgesellschaft Aktiengesellschaft
Postfach 20 07 51, 5300 Bonn 2

Zanderstraße 5
5300 Bonn 2
Telefon 02 28/8 44-0

Herrn
Jens Marquardt
Ringstraße 33

2816 Hohenaverbergen

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht	Unser Zeichen	Durchwahl (02 28) 8 44.	Datum
		RA Kno/Poh	239	9. November 1989

Betr.: Rüstungsaltlasten am Standort Dörverden

Sehr geehrter Herr Marquardt,

auf die im Rahmen Ihres Redebeitrags anlässlich unserer diesjährigen Hauptversammlung an den Vorstand gerichteten und überwiegend bereits mündlich eingehend beantworteten Fragen dürfen wir hiermit noch einmal in der Reihenfolge Ihres uns überlassenen Redetextes wie folgt erwidern:

Zu Frage 1:

Es trifft zu, daß wir die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG) mit der Bestandsaufnahme und Erstbewertung des Gefährdungspotentials von evtl. Rückständen aus der ehemaligen Rüstungsproduktion im Werk Dörverden beauftragt haben. Der Auftrag ist bereits im Januar 1989 erteilt worden. Wir gehen davon aus, daß uns das Gutachten noch in diesem Jahr vorgelegt wird.

Zu Frage 2:

Eine Veräußerung unseres Werkgeländes in Dörverden ist gegenwärtig nicht beabsichtigt; dementsprechend werden dahingehende Verhandlungen nicht geführt.

Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Dr. Manfred Lennings
Vorstand:
Dr. jur. Günter Nastelski
Dipl.-Kfm. Fried Scharpenack

Rechtsform: Aktiengesellschaft
Sitz: Bonn
Amtsgericht Bonn HRB 41-43
Telefon (02 28) 8 44-0
btX 022 88 44
Telex 8 85 435
Telefax (02 28) 84 41 07
Telegramm Ivauge Bonn 2

Bankverbindungen:
Dresdner Bank AG, Bonn
2 074 655 (BLZ 370 800 40)
Bank f. Gemeinwirtschaft AG, Bonn
1 014 173 900 (BLZ 380 101 11)
Bayer. Vereinsbank München
280 780 (BLZ 700 202 70)

Commerzbank AG, Bonn
111 966 800 (BLZ 380 400 07)
Westdeutsche Landesbank
Girozentrale, Köln
214 460 (BLZ 370 500 00)
Postgiro Köln
194 02-500 (BLZ 370 100 50)

Zu Frage 3:

Der an IABG erteilte Auftrag zur Erstellung eines Gutachtens umfaßt auch die Durchführung von Detailuntersuchungen. Die voraussichtlichen Kosten des Gutachtens werden auf rd. DM 180.000,-- veranschlagt.

Zu Frage 4:

IVG hat nicht die Absicht, die im Rahmen dieser Frage von Ihnen angesprochenen Kosten der Gemeinde Dörverden und des Landkreises Verden zu übernehmen.

Zu Frage 5:

Für Maßnahmen zur Sicherung und Entsorgung des Werkgeländes in Dörverden sind uns im letzten Jahrzehnt keine nennenswerten Aufwendungen entstanden; im übrigen verweisen wir auf unsere Antwort zu Frage 3.

Zu Frage 6:

Die für die Bildung von Rückstellungen für Rüstungsaltslasten maßgebenden Gesichtspunkte hat der Vorstand in der diesjährigen Hauptversammlung sehr eingehend dargelegt, so daß wir eine Beschränkung durch Bezugnahme darauf für gerechtfertigt halten. Überdies dürfen wir ergänzend auf die einschlägigen Erläuterungen in unserem Geschäftsbericht 1988 (siehe dort Seiten 10, 27 und 38) verweisen.

Zu Frage 7:

Ihre Einschätzung, wonach in einem durch außergerichtliche Verhandlungen mit dem Land Hessen möglicherweise erzielbaren Vergleich "faule Kompromisse" zu sehen sind, können wir nicht teilen. Dem Wesen eines Vergleichs entspricht es, in angemessenem Zeitrahmen eine für beide Seiten vertretbare Lösung zu finden, um langwierige und kostspielige Rechtsstreitigkeiten vor Gerichten zu vermeiden und damit verbundene Risiken zu begrenzen.

Das gilt insbesondere dann, wenn, wie hier, die Gründe für die strittigen Probleme mehr als vier Jahrzehnte zurückliegen und von den Parteien selbst nicht verursacht wurden. Vor diesem Hintergrund betrachten wir die Bemühungen um eine vergleichsweise Regelung als ein Vorgehen, das der Interessenslage unseres Unternehmens und seiner Aktionäre entspricht.

Mit freundlichen Grüßen

Industrieverwaltungsgesellschaft
Aktiengesellschaft

Scharpenack
Scharpenack

Knoebel
ppa. Knoebel

REDEBEITRAG ANLÄSSLICH DER IVG-HAUPTVERSAMMLUNG

AM 29. JUNI 1989 IN BONN-

BAD GODESBERG

Guten Tag meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst möchte ich mich Ihnen vorstellen. Mein Name ist Jens Marquardt, ich bin Schüler an den Berufsbildenden Schulen Verden und habe vor drei Jahren an dem Schülerwettbewerb "Umwelt hat Geschichte" um den Preis des Bundespräsidenten teilgenommen. Zusammen mit meinen Mitschülern deckten wir Altlasten auf einem IVG-Gelände, der ehemaligen Pulverfabrik EIBIA, auf. Mit unserem Wettbewerbsbeitrag belegten wir auf Bundesebene den dritten Platz. Das EIBIA-Gelände liegt nahe Dörverden, 40 Kilometer südlich von Bremen.

Vor einem Jahr stand an dieser Stelle ein anderes Gruppenmitglied und stellte die Problematik dieser Rüstungsaltpast EIBIA ausführlich dar. Leider gab es aufgrund dieses Redebeitrages seitens der IVG keine Aktivitäten bezüglich der notwendigen Detailuntersuchungen vor Ort. Wir fanden am Rand eines Waldweges mehrere tausend arsenhaltige Kampfstoffplättchen der Blaukreutzgruppe. Dieser Fundort wurde nur notdürftig gesäubert. Auf unsere Proteste hin mußte noch zweimal der Kampfmittelbeseitigungsdienst aus Hannover anrücken. Bei einem Ortstermin mit einer ZDF-Redakteurin im April dieses Jahres wurden wir auf der angeblich gesäuberten Fläche abermals fündig.

Die Umweltgefahren dieses Standortes liegen nicht nur bei der Grundwassergefährdung durch mehrere vergrabene Kampfstoffkisten, sondern bei der Gefährdung durch Rückstände aus der Pulverproduktion. So ist der IVG bis heute angeblich nicht bekannt, wo sich die sogenannten Neutralisationshalden und der Verbrennungsplatz befinden. Durch Probeentnahmen und Analysen, für deren Finanzierung wir selber sorgten, konnte der Nachweis erbracht werden, daß sich aromatische Amine und organische Arsenverbindungen im Erdreich und im Grundwasser befinden. Es ist um so erschreckender, da sich diese IVG-Liegenschaft in der Trinkwasser-Zone befindet und die Gefahr der Kontamination besteht.

Aus diesem Gesamtzusammenhang ergeben sich für uns einige Fragen an den Vorstand.

- 1) Sind unsere Informationen richtig, daß die IVG-Tochter IABG auf dem EIBIA-Gelände tätig geworden ist und ein Gutachten über die Altlastengefährdung anfertigt ?
- 2) Bei der letzten HV wurde uns mitgeteilt, daß die IVG die Veräußerung des Geländes plant. Gibt es bereits Verhandlungen - wenn ja, mit wem ?
- 3) Die interministerielle Arbeitsgruppe "Rüstungsaltposten" des nds. Umweltministeriums stufte den Standort EIBIA/Dörverden in die Gefahrenstufe 2 ein. Das bedeutet, daß Detailuntersuchungen vor Ort als notwendig betrachtet werden. Gibt die IVG diese Detailuntersuchungen in Auftrag ? Welche Kosten werden veranschlagt ?
- 4) Die "Entsorgungskosten" der zuvor beschriebenen Kampfstoffe trug das nds. Umweltministerium. Aus Aktionärs- und somit auch IVG-Sicht konnte es nur von Vorteil sein, daß zu diesem Zeitpunkt Wilfried Hasselmann Aufsichtsratsmitglied der IVG war und zugleich in seiner Funktion als nds. Innenminister finanziellen Schaden von der IVG fernhielt. Die Kosten der Bodenauskoffierung mußte die Gemeinde Dörverden tragen, die Aufwendungen für Sondierungsbrunnen trug der LK Verden. Plant die IVG, diese Kosten zu übernehmen ?
- 5) Sind Aufwendungen für Sicherung und Entsorgung des EIBIA-Geländes entstanden oder beschränkten sich die bisherigen Aktivitäten aufs Bäumefällen zwecks Vermessung des ehemaligen Kraftwerkes 2 ?
- 6) Schon vergangenes Jahr wiesen wir darauf hin, daß es weitere IVG-Standorte gibt, auf denen Rüstungsaltposten nachgewiesen wurden. Betrachtet man nun die Rückstellungen in der aktuellen Bilanz, so fallen die Rückstellungen für Rüstungsaltposten auf. Nach welchen gründlichen, kaufmännischen Gesichtspunkten werden diese Rücklagen gebildet? Wie setzen sich diese Beträge zusammen und gibt es überhaupt eine Gliederung nach altlastenverdächtigsten Standorten

in der BRD?

- 7) Zum Schluß noch eine Frage zum laufenden Prozeß um die IVG-Liegenschaft Hessisch-Lichtenau. Hier klagt das Land Hessen die bislang angefallenen Sanierungskosten von der IVG ein. Als Kleinaktionär Sorge ich mich um das Ansehen der IVG in der Öffentlichkeit. Liegt es nicht im Interesse einer offenen, fairen Unternehmenspolitik, rechtsstaatliche Entscheidungen faulen Kompromissen vorzuziehen? Warum drängt die IVG auf einen Vergleich und strebt nicht auf eine klärende Urteilsfindung?

Als Aktionär Kann ich dem Vorstand keine Entlastung erteilen. Jedoch erwarte ich auf meine Fragen eine schriftliche Antwort.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen abschließend noch etwas persönliches mitteilen. Mein Großvater hat vor über 50 Jahren diese Pulverfabrik als Arbeiter mit aufgebaut. Später ging es als Soldat im den Krieg. Ich fragte ihn des öfteren: // Was hast Du damals gegen das Regim getan ? Er schwieg und zuckte schuldbewußt mit den Schultern. Mein Grpßvater hat wie viele andere auch im 3.Reich geschwiegen. Soll ich gegenüber meinen Enkeln auch schweigen, wenn sie fragen: Was hast Du 1989 gegen die Grundwasserverseuchung und die Umweltverschmutzung getan. Soll ich schweigen?

Jede Zeit hat seine Gefahren und somit ist diese Rede auch kein Gag ! Offenbar haben viele von Ihnen die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Zeitbombe Rüstungsaltslasten nicht erkannt. Es wird Zei Altlastensanierung kann ebenso wie der übrige Umweltschutz nicht mit kaufmännischen Gesuchtpunkte angegangen werden. Der Mensch ist gefragt !

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

EIBIA-AG
c/o Olaf Bennefeld
Am Eversberg 7
2816 Kirchlinteln-Lüttum

Verden, 24.06.90

Industrieverwaltungsgesellschaft AG
Zanderstr. 5

5300 Bonn 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit senden wir Ihnen unseren Redebeitrag anlässlich der IVG-Hauptversammlung am 28.06.90 in Bonn zu. Wir bitten um zügige Beantwortung unserer Fragen.

"Guten Tag meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mein Name ist Olaf Bennefeld, ich bin Student an der Universität Hannover. Vor vier Jahren habe ich als Schüler des Fachgymnasiums der Berufsbildenden Schulen Verden am Schülerwettbewerb "Umwelt hat Geschichte" um den Preis des Bundespräsidenten teilgenommen. Zusammen mit meinen Mitschülern deckten wir Altlasten auf einem IVG-Gelände, der ehemaligen Pulverfabrik EIBIA, auf. Das EIBIA-Gelände liegt in der Gemeinde Dörverden, 50 km südlich von Bremen.

Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft trugen hier an dieser Stelle bereits 1988 und 1989 ihre Erkenntnisse und Forderungen vor. Ich möchte deshalb nur kurz unsere Recherchen bezüglich der aufgedeckten Rüstungsaltlasten darlegen.

Die Umweltgefahren des Standortes Dörverden liegen nicht nur bei der Grundwassergefährdung durch mehrere vergrabene Kampfstoffkisten der Blaukreuzgruppe, sondern bei der Gefährdung durch Rückstände aus der Schießpulverproduktion. Das Grundwasser wird bedroht von der Neutralisationshalde, dem Verbrennungsplatz, unterirdischen Holzrohrleitungen, Säurekanälen, Absetzbecken und kontaminierten, gesprengten Produktionsbunkern. Durch Probeentnahmen und Analysen, für deren Finanzierung wir selbst sorgen mußten, konnten wir den Nachweis erbringen, daß sich aromatische Amine und organische Arsenverbindungen im Erdreich und im Grundwasser befinden. Es ist um so erschreckender, da sich diese IVG-Liegenschaft in der Trinkwasserzone 2 befindet und die Gefahr der Kontamination dieser krebserregenden Substanzen besteht. Seit Jahren fordern wir deshalb eine Detailuntersuchung vor Ort, um eine genaue Gefährdungsabschätzung vornehmen zu können. Die IVG beauftragte dann endlich im Januar 1989 ihre Tochter, die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG) mit der Bestandsaufnahme und Erstbewertung des Gefährdungspotentials von Rüstungsaltlasten auf dem Gelände.

Der Bürgermeister der Gemeinde Dörverden teilte inzwischen im Verwaltungsausschuß mit, daß das fertiggestellte Gutachten dem Landkreis Verden vorliegt. Die Gutachter, die die IABG beauftragte, traten an uns heran, um Kartenmaterial und Luftbilder der Alliierten und des niedersächsischen Landesvermessungsamtes ausleihen zu können. Wir zeigten uns in Anbetracht der Gefährdung kooperativ und händigten die Unterlagen, deren Kosten wir selbst finanzieren mußten, den Gutachtern aus. Aus diesem Hintergrund ergeben sich für uns einige Fragen an den Vorstand:

1. Ist der Vorstand gewillt uns das Dörverden-Gutachten zugänglich zu machen?
2. Welche Sanierungsmaßnahmen werden in dem Gutachten für notwendig erachtet und in welcher Höhe werden Geldmittel von der IVG zur Verfügung gestellt?
3. Wann soll mit der Sanierung des Geländes begonnen werden und welche Firmen und Behörden sind daran beteiligt?
4. Mit Hilfe der Luftaufnahme der Royal Air Force (RAF-Foto 3104 vom 25.03.45), die wir von der University of Keele (Air Photo Library) käuflich erwarben, konnten die von der IABG beauftragten Gutachter beim Kampfmittelbeseitigungsdienst Hannover die vollständige Luftbild-Serie wiederfinden. Die Gutachter machten der IABG den Vorschlag, doch auch unserer Arbeitsgruppe Abzüge dieser Fotoserie zu überlassen. Dies wurde aber von der IABG abgelehnt.

Deshalb nun unsere Frage an den IVG-Vorstand, ob er sich in der Lage sieht, uns die Abzüge zukommen zu lassen.

5. Da unserer Meinung nach die IVG bei der Erstellung des Gutachtens durch das Überlassen von Dokumenten unserer Arbeitsgruppe Kosten einsparen konnte, halten wir eine nachträgliche Kostenerstattung an uns in Höhe von DM 3.000,-- für angemessen. Bei einem Gutachten-Kostenvoranschlag der IVG in Höhe von rd. DM 180.000,-- ein eher geringer Kostenfaktor. Wir hätten gerne gewußt, ob der IVG-Vorstand bereit ist, die Kosten unserer Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen.
6. Im Herbst 1990 soll die 2. überarbeitete Auflage unserer Wettbewerbsarbeit über die EIBIA-Rüstungsaltslasten erscheinen. Auf Grund der Nachfrage von Gutachtern und den Fachleuten bei Landkreis- und Landesbehörden scheint unsere Arbeit sehr gefragt zu sein. Um die Finanzierung der 2. Auflage sicherzustellen, sind wir auf Förderer angewiesen. Sieht sich die IVG in der Lage, sich an diesem Buchprojekt zu beteiligen?

In der Hoffnung, Ihnen, meine Damen und Herren, im nächsten Jahr die abgeschlossene Sanierung dieser IVG-Liegenschaft berichten zu können, möchte ich meinen Redebeitrag beenden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Mit freundlichen Grüßen

REDEBEITRAG ANLÄSSLICH DER IVG-HAUPTVERSAMMLUNG

AM 29. JUNI 1989 IN BONN-

BAD GODESBERG

Guten Tag meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst möchte ich mich Ihnen vorstellen. Mein Name ist Jens Marquardt, ich bin Schüler an den Berufsbildenden Schulen Verden und habe vor drei Jahren an dem Schülerwettbewerb "Umwelt hat Geschichte" um den Preis des Bundespräsidenten teilgenommen. Zusammen mit meinen Mitschülern deckten wir Altlasten auf einem IVG-Gelände, der ehemaligen Pulverfabrik EIBIA, auf. Mit unserem Wettbewerbsbeitrag belegten wir auf Bundesebene den dritten Platz. Das EIBIA-Gelände liegt nahe Dörverden, 40 Kilometer südlich von Bremen.

Vor einem Jahr stand an dieser Stelle ein anderes Gruppenmitglied und stellte die Problematik dieser Rüstungsaltpast EIBIA ausführlich dar. Leider gab es aufgrund dieses Redebeitrages seitens der IVG keine Aktivitäten bezüglich der notwendigen Detailuntersuchungen vor Ort. Wir fanden am Rand eines Waldweges mehrere tausend arsenhaltige Kampfstoffplättchen der Blaukreutzgruppe. Dieser Fundort wurde nur notdürftig gesäubert. Auf unsere Proteste hin mußte noch zweimal der Kampfmittelbeseitigungsdienst aus Hannover anrücken. Bei einem Ortstermin mit einer ZDF-Redakteurin im April dieses Jahres wurden wir auf der angeblich gesäuberten Fläche abermals fündig.

Die Umweltgefahren dieses Standortes liegen nicht nur bei der Grundwassergefährdung durch mehrere vergrabene Kampfstoffkisten, sondern bei der Gefährdung durch Rückstände aus der Pulverproduktion. So ist der IVG bis heute angeblich nicht bekannt, wo sich die sogenannten Neutralisationshalden und der Verbrennungsplatz befinden. Durch Probeentnahmen und Analysen, für deren Finanzierung wir selber sorgten, konnte der Nachweis erbracht werden, daß sich aromatische Amine und organische Arsenverbindungen im Erdreich und im Grundwasser befinden. Es ist um so erschreckender, da sich diese IVG-Liegenschaft in der Trinkwasser-Zone 2 befindet und die Gefahr der Kontamination besteht.

Aus diesem Gesamtzusammenhang ergeben sich für uns einige Fragen an den Vorstand.

- 1) Sind unsere Informationen richtig, daß die IVG-Tochter LABG auf dem EIBIA-Gelände tätig geworden ist und ein Gutachten über die Altlastengefährdung anfertigt ?
- 2) Bei der letzten HV wurde uns mitgeteilt, daß die IVG die Veräußerung des Geländes plant. Gibt es bereits Verhandlungen - wenn ja, mit wem ?
- 3) Die interministerielle Arbeitsgruppe "Rüstungsaltposten" des nds. Umweltministeriums stufte den Standort EIBIA/ Dörverden in die Gefahrenstufe 2 ein. Das bedeutet, daß Detailuntersuchungen vor Ort als notwendig betrachtet werden. Gibt die IVG diese Detailuntersuchungen in Auftrag ? Welche Kosten werden veranschlagt ?
- 4) Die "Entsorgungskosten" der zuvor beschriebenen Kampfstoffe trug das nds. Umweltministerium. Aus Aktionärs- und somit auch IVG-Sicht konnte es nur von Vorteil sein, daß zu diesem Zeitpunkt Wilfried Hasselmann Aufsichtsratsmitglied der IVG war und zugleich in seiner Funktion als nds. Innenminister finanziellen Schaden von der IVG fernhielt. Die Kosten der Bodenauskoffnung mußte die Gemeinde Dörverden tragen, die Aufwendungen für Sondierungsbrunnen trug der LK Verden. Plant die IVG, diese Kosten zu übernehmen ?
- 5) Sind Aufwendungen für Sicherung und Entsorgung des EIBIA-Geländes entstanden oder beschränkten sich die bisherigen Aktivitäten aufs Bäumefällen zwecks Vermessung des ehemaligen Kraftwerkes 2 ?
- 6) Schon vergangenes Jahr wiesen wir darauf hin, daß es weitere IVG-Standorte gibt, auf denen Rüstungsaltposten nachgewiesen wurden. Betrachtet man nun die Rückstellungen in der aktuellen Bilanz, so fallen die Rückstellungen für Rüstungsaltposten auf. Nach welchen gründlichen, kaufmännischen Gesichtspunkten werden diese Rücklagen gebildet? Wie setzen sich diese Beträge zusammen und gibt es überhaupt eine Gliederung nach altlastenverdächtigsten Standorten

in der BRD?

- 7) Zum Schluß noch eine Frage zum laufenden Prozeß um die IVG-Liegenschaft Hessisch-Lichtenau. Hier klagt das Land Hessen die bislang angefallenen Sanierungskosten von der IVG ein. Als Kleinaktionär sorge ich mich um das Ansehen der IVG in der Öffentlichkeit. Liegt es nicht im Interesse einer offenen, fairen Unternehmenspolitik, rechtsstaatliche Entscheidungen faulen Kompromissen vorzuziehen? Warum drängt die IVG auf einen Vergleich und strebt nicht auf eine klärende Urteilsfindung?

Als Aktionär Kann ich dem Vorstand keine Entlastung erteilen. Jedoch erwarte ich auf meine Fragen eine schriftliche Antwort.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen abschließend noch etwas persönliches mitteilen. Mein Großvater hat vor über 50 Jahren diese Pulverfabrik als Arbeiter mit aufgebaut. Später ging es als Soldat im den Krieg. Ich fragte ihn des öfteren:
// Was hasz Du damals gegen das Regim getan ? Er schwieg und zuckte schuldbewußt mit den Schultern. Mein Grpßvater hat wie viele andere auch im 3.Reich geschwiegen. Soll ich gegenüber meinen Enkeln auch schweigen, wenn sie fragen: Was hast Du 1989 gegen die Grundwasserverseuchung und die Umweltverschmutzung getan. Soll ich schweigen?

Jede Zeit hat seine Gefahren und somit ist diese Rede auch kein Gag ! Offenbar haben viele von Ihnen die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Zeitbombe Rüstungsaltpasten nicht erkannt. Es wird Zei Altlastensanierung kann ebenso wie der übrige Umweltschutz nicht mit kaufmännischen Gesuchtspunkte angegangen werden.
/ Der Mensch ist gefragt !

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!